

Avanti

2

Theoriebeilage

100 Jahre

Ernest Mandel

ISO Rhein-Neckar

Kriege, Krisen, Teuerung



Unsere Chance Résistance

INHALT

TITEL

01 KAPITALISMUS

Unsere Chance - Résistance?

EDITORIAL / INHALT / FRANKREICH

02 FRANKREICH

Staatsgewalt gegen Umweltdemo

SEITE DREI

03 KAPITALISMUS

Unsere Chance - Résistance?

KRIEG

04 UKRAINE-KRIEG I

Waffenstillstand jetzt

05 UKRAINE-KRIEG II

Gewerkschaftliche Solidarität?

BANKENKRISE

06 FINANZSEKTOR

Kollaps 2.0

TEUERUNG

08 PREISTREIBEREI

Ist Armut weiblich?

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

die krisenhaften Entwicklungen des irrsinnigen Profitsystems sind seit März durch ein weiteres Element „bereichert“ worden – die neue Bankenkrise.

Sie ist ebenso Thema dieser Ausgabe wie das fortgesetzte Gemetzel in der Ukraine oder die anhaltende Teuerung.

Erfreulicherweise gibt es in Deutschland ungewohnt massive Warnstreikmobilisierungen etwa im Öffentlichen Dienst, und vor allem hält die Massenrevolte in Frankreich gegen Macrons „Rentenreform“ an.

Die Theoriebeilage widmen wir mit einer spannenden Kapitalismuskritik Ernest Mandel, dessen 100. Geburtstag auf den 5. April 2023 fällt.

Wir hoffen sehr, dass die Artikel der April-Ausgabe von *Avanti*² auf Euer Interesse stoßen.

Eure Redaktion

Titelbild: Macron in der Tonne - Rentenproteste in Paris, 28. März 2023.
Foto: Martin Noda / Hans Lucas.

INHALT

BETRIEB UND GEWERKSCHAFTEN

09 TARIFRUNDE POST

Ein billiger Abschluss

10 FRANKREICH

Anhaltende Résistance?

ISO / POLITISCHE BILDUNG

11 SEMINAR

Gewerkschaften als Gegenmacht

11 KONFERENZ

Ökologie und Sozialismus?

RÜCKBLLENDE / TERMINE

12 FRAUENTAG

Im Saal und auf der Straße

12 TERMINE

THEORIEBEILAGE

01 KAPITALISMUSKRITIK

100 Jahre Ernest Mandel

Frankreich

Kriegsszenen bei Protest gegen Landzerstörung

M. G.

Bereits vor der Großdemonstration in Sainte-Soline (Westfrankreich) gegen „Mega-Bassins“ sagte Innenminister Darmanin Gewalt voraus. In Wirklichkeit war er es, der sie organisierte.

Rund 30.000 Menschen demonstrieren am Samstag, dem 25. März 2023, laut den Organisatoren auf den Feldern von Poitou gegen die Zerstörung der dortigen Landschaft.

Mit dem Einsatz von Hubschraubern, Quads, Pferdestaffeln und Wasserwerfern „verteidigten“ rund 3.200 Polizeikräfte extrem gewaltsam ein völlig unnötiges und gefährliches Bewässerungs-Projekt der Agrarindustrie. Mit Tausenden Tränengasgranaten und anderen Geschossen (unter anderem GM2L-Kriegswaffen) attackierten sie die Demonstrierenden.

Das Ergebnis dieser Brutalität, die in französischen Massenmedien mit Bildern von brennenden Polizeifahrzeugen ge-

rechtfertigt werden sollte, sind 200 verletzte Demonstrierende, davon 40 mit Wunden, Brüchen usw., 2 mit schweren Folgeschäden und eine Person, die in Lebensgefahr schwebt.

Wie bei den Protesten gegen die „Rentenreform“ stellt sich die französische Regierung auch gegenüber anderen massiven Kämpfen taub und entscheidet sich für den Weg der Gewalt.

Nach Ansicht unserer Genossinnen und Genossen der NPA richtet sich die Rebellion in Frankreich immer mehr gegen die gesamte Regierungspolitik im Dienst der Superreichen und Mächtigen. Auch die Projekte des Ökozids und der Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten

stoßen auf zunehmenden Widerstand. Wie stark die Bewegung ist, wird der nächste gewerkschaftliche Aktionstag am 6. April 2023 zeigen. ■



Großdemo in Sainte-Soline, 25. März 2023.

Kriege, Krisen, Teuerung – Unsere Chance – Résistance!

H. S.

Seit mehr als einem Jahr treibt der Ukraine-Krieg die krisenhaften Entwicklungen des Kapitalismus weiter voran und verschärft den Klassenkampf von oben – hierzulande und international. Hauptverlierer sind schon jetzt die arbeitenden Klassen in der Ukraine, in Russland, in Deutschland und in anderen Ländern.

Die enorme Opferbereitschaft mit der sich große Teile der arbeitenden Klasse in der Ukraine den russischen Angriffen entgegenstellen, wird vom Kiewer Regime mit politischen Attacken beantwortet. Mitten im Krieg setzt es die Privatisierung von Grund und Boden fort und schleift schützende Arbeitsrechtsregelungen.

Die arbeitende Klasse Russlands bezahlt ihrerseits den Krieg nicht nur mit Gesundheit und Leben, mit Lohneinbußen und erhöhter Arbeitslosigkeit, sondern ebenfalls mit einem weiteren Abbau ihrer Rechte.

Rückkehr des Militarismus

In Deutschland hat der Krieg zu einer Rückkehr des Militarismus geführt. Krieg wird wieder als ein legitimes Mittel zur Durchsetzung politischer Interessen dargestellt. Militärische Stärke rangiert jetzt an erster Stelle. Ansätze zu einer kollektiven Sicherheit, die nach dem Fall der Mauer verfolgt wurden, sind begraben.

Das Verbot von Rüstungsexporten weicht den Erfordernissen der neuen Kriegstreiberei. Die Bevölkerung wird auf eine aggressivere Rolle Deutschlands und der EU eingestimmt. Gleichzeitig propagieren Kapitalkreise einen verschärften Klassenkampf von oben – zum Beispiel mit der Forderung nach weiterer Einschränkung des Streik- und des Demonstrationsrechts oder der Rente ab 70.

Die neue Kriegshetze dient letzten Endes dem imperialistischen Kampf um Einflussphären, wirtschaftliche Vorteile und Weltherrschaft. Die letzten Ressourcen dieser Welt werden dafür geplündert, die Klimaziele geopfert.

Rekordgewinne der Konzerne

Von dieser Entwicklung profitieren die großen Konzerne und ihre Eigentümer. Rekordgewinne auf der einen Seite, Pre-

digen von Einkommensverzicht und Arbeitsplatzabbau auf der anderen Seite. Und jetzt drohen neben den zusätzlichen 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr, der Erfüllung des Zwei-Prozent-Ziels der NATO für Rüstungsausgaben noch mögliche Rettungspakete für die Finanzspekulation von Banken.

Gleichzeitig zahlt die große Mehrheit der Bevölkerung mit der höchsten Teuerungsrate in der Geschichte der Bundesrepublik immer mehr die Zeche. Im vergangenen Jahr sind die Reallöhne um über vier Prozent gesunken, die Tarifrunden haben das bisher nicht aufgeholt.

Die Quote der sehr armen Menschen ist seit 2010 um 40 Prozent gestiegen. Die öffentliche Daseinsvorsorge wird weiter kaputt gespart. Die Klimaziele werden durch den Bau von Flüssiggas-Terminals, die Verlängerung der Laufzeit von Kohlekraft-

werken und weiteren Autobahnausbau immer hemmungsloser gerissen.

Gemeinsamer Widerstand

Den Ukraine-Krieg nutzen die Herrschenden und ihr politisches Personal als Profitbeschleuniger, der die aktuelle Vielfachkrise weiter verschärft.

Es ist deshalb höchste Zeit, dass die Linke, die Gewerkschaften und die sozialen Bewegungen ihr verhängnisvolles Kleinklein beenden und stattdessen aktiv den Aufbau einer sozialen, ökologischen und antimilitaristischen Front angehen.

In Frankreich zeigt seit Monaten die kämpferische Einheitsfront der Gewerkschaften und deren Unterstützung durch linke und soziale Bewegungen sehr eindrucksvoll, was möglich ist. Lernen wir, Französisch zu reden. Unsere einzige Chance ist die gemeinsame Résistance! ■



Warnstreik Öffentlicher Dienst in Mannheim, 6. März 2023.

Foto: helmut-roos@web.de.

Stoppt den Krieg!

Russische Truppen raus aus der Ukraine! Antikriegsbewegung stärken!

ISO

Der Krieg in der Ukraine hat mehrere Dimensionen: Die Bevölkerung in der Ukraine wehrt sich zu Recht verzweifelt gegen die russische Invasion und Fremdherrschaft. Dieser Krieg ist aber auch ein Krieg um die Ukraine, ein Machtkampf zwischen der NATO und Russland mit der Gefahr eines Atomkriegs.

Vor diesem Hintergrund lässt sich die ISO von folgenden Überlegungen leiten:

1. Die russischen Truppen müssen aus der Ukraine abziehen. Die ukrainische Bevölkerung hat jedes Recht, sich der Invasion und Fremdherrschaft zu widersetzen.

2. Wir lehnen jedwedes Denken in Einflusszonen als imperialistisch ab – die NATO-Osterweiterung ebenso wie den angeblichen „Sicherheitsgürtel“ um Russland. Der Kampf um solche Einflusszonen ist ein wesentlicher Grund für den Überfall auf die Ukraine – er ist Ausdruck der zunehmenden innerimperialistischen Rivalität.

3. Mit militärischen Mitteln ist der vielschichtige Konflikt mit der Atomkraft Russland nicht zu lösen, dazu braucht es Verhandlungen. Deeskalation ist deshalb das Gebot der Stunde. Weitere

Rüstungsexporte und Waffenlieferungen verlängern nur den Krieg, kosten täglich tausende Menschenleben und bringen unermessliche physische und psychische Zerstörungen.

4. Dieser Krieg hätte verhindert werden können. Er hätte schon zu Beginn gestoppt werden können. Sowohl die Minsker Abkommen als auch die Istanbul-Verhandlungen mit dem Angebot Selenskyjs boten dazu Gelegenheit. Beides wurde durch Intervention der NATO-Staaten, insbesondere auf britischen Druck hin, vereitelt. Und jetzt wird erneut das Vermittlungsangebot Chinas zurückgewiesen.

5. Die Lieferung immer schwerer und weitreichenderer Waffen zur Unterstützung der Ukraine birgt die Gefahr, dass der Krieg eskaliert und außer Kontrolle gerät. Mittelbar ist die NATO jetzt schon Kriegspartei. Will sie tatsächlich

einen militärischen Sieg über Russland erzielen, muss sie unmittelbar Kriegspartei werden und riskiert damit einen Atomkrieg. Die NATO hatte deshalb gehofft, eine Neutralisierung des militärischen Bedrohungspotentials Russlands über Sanktionen erreichen zu können, das hat sich als Irrtum herausgestellt.

6. Von diesem Krieg profitieren nur die Rüstungs-, Energie-, Finanz- und Lebensmittelindustrien auf beiden Seiten. Die arbeitende Bevölkerung in Europa und im globalen Süden hingegen zahlt einen hohen Preis für einen Krieg, den sie nicht verursacht hat und auf den sie keinen Einfluss hat. Es wird uns vorgemacht, der Krieg werde für Demokratie gegen Autoritarismus geführt. Die „westlichen Werte“ erschöpfen sich aber in Beutezügen.

7. In der Ukraine wird der Krieg begleitet von massiven Angriffen auf Arbeiterrechte und politische Freiheiten. Die arbeitende Klasse wird hier von zwei Seiten in die Mangel genommen: von den russischen Truppen und von der Regierung Selenskyj. Wir können sie nicht militärisch unterstützen. Aber wir können unsere Klassensolidarität zum Ausdruck bringen, indem wir ihr humanitäre Hilfe zukommen lassen. Dem dient der Aufruf zur Unterstützung der ukrainischen Gewerkschaften (siehe S. 5). Wir unterstützen auch die russische Antikriegsbewegung. Deserteure müssen hierzulande die gleiche Anerkennung bekommen wie ukrainische Flüchtlinge.

8. Um den Krieg beenden zu können, bedarf es einer starken Antikriegsbewegung hierzulande und international. Dadurch können wir den politischen und sozialen Druck erzeugen, der die Bundesregierung von ihrem militaristischen Kurs abbringt.



Ostermarsch in Mannheim, 16. April 2022.

Foto: Avanti².

Die zweite Kampffront

Das Arbeitsrecht in der Ukraine

OLEG SHKOLIAR

Redaktionelle Vorbemerkung: Oleg Shkoliar ist Eisenbahner und arbeitet in Kiew für die Eisenbahner-Gewerkschaft VPZU, die der Konföderation Freier Gewerkschaften der Ukraine (KWPU) angehört.

Mit Hilfe der Spenden von *Ukraine-Solidarität* (siehe Kasten auf dieser Seite unten) konnte die VPZU Anfang Februar 2023 einen Generator für umgesiedelte Familien von Gewerkschaftsmitgliedern anschaffen. Oleg hat sich mit dem nachstehenden, von uns redaktionell bearbeiteten Bericht über den Abbau von Arbeitsrechten in der Ukraine bedankt.

Wir Ukrainerinnen und Ukrainer leben in einem Kriegszustand. Neben der russischen Invasion im Februar 2022 sind wir mit einer weiteren Bedrohung konfrontiert. Seit März 2022 erleben wir auch einen umfassenden Angriff auf die Arbeitsrechte aller abhängig beschäftigten Menschen in der Ukraine.

Im März 2022, gleich zu Beginn des Krieges, verabschiedete die Werchowna Rada (das ukrainische Parlament) ein neues Gesetz „Über die Organisation der Arbeitsbeziehungen während des Kriegsrechts“. Es hatte zur Folge, dass bestimmte extreme Formen der Aushebelung von Arbeitsrechten gesetzliche Realität wurden.

Dieses Gesetz enthält nur sehr wenige Bestimmungen, die zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit des Staates im Kriegsfall beitragen. Es enthält aber mehrere Bestimmungen, die die Arbeitsrechte derer, die seit Beginn der Invasion im Einsatz an der Front sind, grundlegend untergraben.

„Aussetzung“ von Arbeitsverträgen

Dazu gehört insbesondere die „Aussetzung“ des Arbeitsvertrags. Demnach werden Arbeiter zwar nicht formell entlassen, aber sie arbeiten in Wirklichkeit nicht mehr für ihr Unternehmen und erhalten auch kein Arbeitsentgelt mehr von ihm. Den Firmeneigentümern ist es erlaubt, die Bestimmungen von Tarifverträgen einseitig und ohne Begründung aufzuheben. Damit zerstört dieses Gesetz die Grundlagen der Gewerkschaftsarbeit.

Solche Gesetze wurden zur unangenehmen Realität für Tausende von Menschen,

die aktiv für einen demokratischen Wandel an ihren Arbeitsplätzen kämpfen. Selbst in Unternehmen, die für die Verteidigung der Ukraine von strategischer Bedeutung sind, wurden Arbeitsverhältnisse ohne jeglichen Grund ausgesetzt.

Eine weitere skandalöse Rechtsvorschrift ist das im Juli 2022 verabschiedete Gesetz „Über die Änderung einiger Gesetze der Ukraine zur Optimierung der Arbeitsverhältnisse“, das die Unternehmer von der Verpflichtung befreit, den für die Verteidigung ihres Landes mobilisierten Beschäftigten ein Durchschnittsgehalt zu zahlen.

Zerstörung kollektiven Arbeitsrechts

Darüber hinaus verabschiedete die Werchowna Rada im Sommer 2022 ein Gesetz, das die Arbeitsrechte der Beschäftigten in kleinen und mittleren Unternehmen (bis zu 250 Mitarbeitenden) erheblich einschränkt. Mit diesem Gesetz wurde ein separates System zur Regelung der Arbeitsbeziehungen in diesen Unternehmen eingeführt.

Nunmehr gilt der individuelle Arbeitsvertrag als das wichtigste Dokument zur Regelung der Arbeitsbeziehungen. Mit anderen

Worten: Der Beschäftigte muss alle Einzelheiten seines Arbeitsverhältnisses persönlich mit dem Unternehmen aushandeln.

Das Arbeitsrecht wurde jedoch deshalb für den kollektiven Schutz der Arbeiterinnen und Arbeiter geschaffen, weil es unmöglich ist, alle Beschäftigungsbedingungen mit Unternehmen effektiv auszuhandeln.

„Null-Stunden-Verträge“

Eine weitere Neuerung, die während des Kriegsrechts eingeführt wurde, war die Einführung von „Verträgen ohne feste Arbeitszeiten“, die im Westen als „Null-Stunden-Verträge“ bekannt sind. Durch diese Art von Verträgen werden keine geregelten Arbeitszeiten mehr festgelegt, der Beschäftigte wird zu einer „abrufbaren Person“. Angeblich soll das Gesetz die Arbeit von Freiberuflern regeln, tatsächlich gilt es aber für alle Arten von Lohnarbeit.

Der Kampf für die Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter begann schon vor dem Krieg. Die genannten Änderungen stehen in eklatantem Widerspruch zu den Bestrebungen einer europäischen Integration der Ukraine. ■

Gewerkschaftliche Solidarität verstärken

Humanitäre Hilfe für ukrainische Gewerkschaften unterstützen

Spenden an: Internationale Solidarität e. V. Stichwort „Ukraine Solidarität“, IBAN: DE94 4306 0967 6049 1075 00

Namentliche Unterstützung: Bitte mit Vor- und Nachname, Ort, Gewerkschaft an Christian Haasen. Email: ukraine-solidaritaet@intersoz.org.

Bitte verbreitet den Aufruf zur Solidarität unter Euren Kolleginnen und Kollegen!

Bankencrash, drohende Wirtschaftskrise und Arbeitskämpfe

WINFRIED WOLF

Diese Bank hatte niemand auf dem Schirm. Am 10. März 2023 musste in den USA die Silicon Valley Bank (SVB) von der Aufsichtsbehörde geschlossen werden. Verluste in Höhe von zwei Milliarden Dollar hatten sich angehäuft, einen „Bank-Run“ ausgelöst und die Aktien des Instituts um 80 Prozent schrumpfen lassen.

Nur wenige Stunden nach dem Ende der SVP ging eine zweite US-Bank in die Insolvenz. Andere Regionalbanken in den USA befinden sich im Krisenmodus und werden auf unterschiedliche Weise mit Staatsgeldern gestützt. Natürlich betonen US-Präsident Biden und seine Finanzministerin Yellen, dass keine Gefahr für das Finanzsystem drohe.

Anders als 2008, als es einige Wochen dauerte, bis die Lehman Brothers-Pleite nach Europa schwappte, dauert es 2023 nur wenige Stunden, bis die Bankenkrise in Kalifornien die europäische Finanzwelt erschüttert. Seit dem 14. März drohte die Credit Suisse, die zweitgrößte Bank in der

Schweiz, zu kollabieren. Die staatlich organisierte Übernahme durch die größere Konkurrentin UBS hat dies verhindert. Aber ist die Gefahr nun gebannt?

Das Blatt *Wirtschaftswoche* kommentierte den Zusammenbruch der Silicon Valley Bank wie folgt: „Aus einer solchen Situation kann eine Gefahr für das gesamte Finanzsystem erwachsen.“

Brandgefährliche Banken Krisen

Der Zusammenbruch der Silicon Valley Bank ist ein Lehrstück. Seit den 1980er Jahren befindet sich das kapitalistische Weltsystem im Krisenmodus. Es gibt rückläufige Profitraten – als Ergebnis des immer

höheren Kapitaleinsatzes. Das wird ergänzt um eine zurückbleibende kaufkräftige Nachfrage – als Ergebnis des Drucks auf die Arbeitseinkommen und der Existenz riesiger Heere von Erwerbslosen und Verarmten.

Es kommt zu einer relativen Deindustrialisierung in Nordamerika und Westeuropa und zu einer Jagd des Kapitals nach neu Verwertbarem: im Binnenmarkt in Form von Privatisierungen im Gesundheitssektor, bei Bahn, Post, Energie, in der Pflege. Auf den äußeren Märkten rund um den Globus mit Enteignung von Kleinbauern, Landraub und Anbau von agrarischen Kraftstoffen.



Warnstreik Uniklinikum Mannheim, 15. März 2023.

Foto: helmut-roos@web.de.

Überschüssiges Kapital wird zunehmend in spekulativen Bereichen angelegt: im Immobiliensektor, in Gold, in Kryptowährungen – und natürlich an den Börsen. Besonders pervers: Aktiengesellschaften investieren in den Kauf eigener Aktien. Allein die 500 größten US-Unternehmen gaben 2022 mehr als ein Billion Dollar für den Kauf eigener Aktien aus. Damit werden die Aktienkurse zusätzlich und künstlich angeheizt. Die Boni der Manager, die meist an den Aktienkurs gekoppelt sind, werden deutlich gesteigert.

Nun bilden sich in all diesen spekulativen Bereichen Blasen; die Marktwerte liegen weit über den realen Werten. Dies trifft zu auf den weltweiten Immobilienmarkt. In fast allen Ländern sinken seit Herbst 2022 die Immobilienpreise. Doch oft – so bei den „jungen Unternehmen“ oder gar bei den Kryptowährungen – gibt es kaum oder keine realen Werte. Wenn dann eine solche Blase angepiekelt wird und diese platzt, ist das mit gefährlichen Rückwirkungen auf die Weltwirtschaft verbunden.

Krisen und Bankencrashes

Im Kapitalismus kommt es seit mehr als 200 Jahren zu ähnlichen Entwicklungen. Diese münden in unregelmäßigen Abständen in großen Weltwirtschaftskrisen, die oft mit einem Börsenkrach verbunden sind. Es gab solche Krisen 1873 ff., 1929 ff. und 2008 ff. Die Erholung im Fall der Krise 1873 ff. resultierte aus einem Rüstungswettlauf, der in den Ersten Weltkrieg führte. Die Weltwirtschaftskrise, die 1929 begann, mündete in Deutschland erneut in Hochrüstung und Krieg; in den USA konnte diese Krise, trotz des New Deal, in Gänze erst mit dem Kriegseintritt der USA beendet werden.

Die Krise 2008 ff. wurde im Westen durch bis dahin einmalige staatliche Stützungs-gelder für einen ins Wanken geratenen Finanzsektor in Höhe von rund 3,5 Billionen Dollar eingedämmt. Zusätzlich gab es in dieser Krise vor 15 Jahren noch den wichtigen Stabilitätsanker chinesische Wirtschaft, die auch in den Krisen Jahren 2008/2009 deutlich wuchs.

Die Weltwirtschaftskrise 2008, ausgelöst durch den Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers am 15. September 2008, kam für die meisten Beobachter überraschend. 2023 ist die Lage eine andere. Es gibt kaum übersehbare Zeichen an der Wand, die die Gefahren für eine neue weltweite Krise deutlich machen.

Im Dezember 2022 veröffentlichte die



„Der Frühling kommt ... und dann der Monat Mai“, Demo in Paris, 16. März 2023.

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) eine Warnung vor weltweit „hohen Finanzrisiken“ mit „versteckten Schulden in Höhe von 80 Billionen Dollar“. Im Februar 2023 verwiesen Aktienstrategen auf den „Fear & Greed-Index“ von CNN, wonach die Stimmung in „Greed“ (Gier) umgeschlagen sei, weswegen – so die FAZ vom 11. Februar 2023 – sich „die Signale für eine Überhitzung mehren“ würden.

Warnzeichen gab es mehr als genug. Im vergangenen Jahr verloren Superreiche wie Elon Musk (Tesla, USA) und Gautam Adani (Adani Group, Indien) jeder für sich mehr als 100 Milliarden Dollar. Dann gibt es inzwischen eine ganze Gruppe von Ländern, die von der Staatspleite bedroht sind. Das trifft zu auf San Salvador, Sri Lanka, Libanon, Argentinien, Laos, Pakistan und möglicherweise auch auf die Türkei. Die Risiken, die von diesen drohenden Staatspleiten für die internationalen Banken ausgehen, liegen addiert bei vielen hunderten Milliarden Dollar.

Krisen und Arbeitskämpfe

Die Beobachtung des weiteren Verlaufs der Bankenkrise und der Börsen-Fieberkurven ist zweifellos interessant. Auch ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass es zu einer neuen Wirtschaftskrise kommt – verstärkt aufgrund der Bankenkrise, aber durchaus vor allem ein Resultat des *business as usual*: Seit Herbst 2022 befinden sich die Frachtraten im freien Fall – das war schon immer ein wichtiger Indikator für einen Rückgang der Weltwirtschaft und oft ein solcher für eine weltweite Rezession.

In Deutschland sank im vierten Quartal 2022 das Bruttoinlandsprodukt; bei dem zu erwartenden zweiten Minus im ersten Quartal 2023 existiert – jedenfalls rein technisch gesehen – eine Rezession. Eine solche Rezession gibt es längst in einigen anderen Ländern der Eurozone, so in Finnland, in Estland, in Litauen, in Griechenland und vor allem in Italien. Die Gefahr einer allgemeinen Wirtschaftskrise in der EU ist gegeben.

In dieser insgesamt labilen Situation sind die Arbeitskämpfe entscheidend. Diese stehen durchaus in einem Zusammenhang mit dem Geschehen an den Finanzmärkten. Die Erschütterungen an den Finanzmärkten und die absehbar neuen staatlichen Mittel, die eingesetzt werden dürften, um Banken und Unternehmen zu retten und gleichzeitig die Hochrüstung fortzusetzen, werden – zusammen mit den Kosten des Ukraine-Kriegs und der Inflation – den Abbau der Realeinkommen beschleunigen.

Massenentlassungen waren bereits vor der aktuellen Bankenkrise an der Tagesordnung (IT-Sektor, Galeria Karstadt, Ford). Ein Erfolg der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften in ihren aktuellen Kämpfen in Britannien (gegen Einschränkungen des Streikrechts), in Frankreich (gegen das höhere Renteneintrittsalter) und in Deutschland (gegen Lohnabbau durch Inflation) sind aktuell die einzige Möglichkeit, den sich verschärfenden Generalangriff von Konzernen und Regierungen auf die arbeitenden und erwerbslosen Klassen auszubremsen. ■

„Solidarität statt Preistreiberei!“

Frauen von Teuerung besonders betroffen

E. B.

Das Aktionsbündnis „Solidarität statt Preistreiberei!“ hatte am 7. März 2023 erneut zu einer Kundgebung auf dem Mannheimer Paradeplatz aufgerufen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen die Solidarität mit den Warnstreiks in Deutschland und den gewerkschaftlichen Massenprotesten in Frankreich sowie die besondere Betroffenheit von Frauen durch die Preistreiberei. Wir dokumentieren im Folgenden den entsprechenden Redetext.

„Anfang 2023 verkündeten Medien einen Rückgang der Teuerung. Die aktuell bekanntgegeben Zahlen sprechen jedoch eine andere Sprache. Im Februar 2023 sind die Verbraucherpreise in Deutschland gegenüber dem Vorjahresmonat nach vorläufigen Angaben um 8,7 Prozent gestiegen.

Laut den aktuellen Zahlen des Paritätischen Wohlfahrtsverbands hat die Armut hierzulande eine traurige Rekordmarke erreicht: „Mit 16,6 Prozent mussten 2021 13,8 Millionen Menschen in Deutschland zu den Einkommensarmen gerechnet werden. Noch nie wurde auf der Datenbasis des Mikrozensus eine höhere Armutsquote für das Bundesgebiet gemessen.“

Armut weiblich

Bei Frauen lag die Armutsquote im Jahr 2021 bei 17,5 Prozent. Dies bedeutet, dass 17,5 Prozent der Frauen in Deutschland von relativer Einkommensarmut betroffen waren.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Rekordteuerung der letzten Monate diese skandalöse Entwicklung noch weiter beschleunigt hat. Wir solidarisieren uns auch deshalb ausdrücklich nicht nur mit den gewerkschaftlichen Tarifbewegungen bei der Deutschen Post AG und im Öffentlichen Dienst, sondern auch mit den gewerkschaftlichen Massendemonstrationen gegen die „Rentenreform“ in Frankreich.

Laut *Die Zeit* vom 3.2.2023 lag nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2022 der durchschnittliche Stunden-

lohn von Männern in Deutschland bei 24,36 Euro, der von Frauen lediglich bei 20,05 Euro. Das ist ein Unterschied von knapp 18 Prozent. Rechnet man diesen Prozentwert in Tage um, arbeiten Frauen 66 Tage, vom 1. Januar bis zum 7. März 2023, dem „Equal Pay Day“, umsonst.

Bei der ersten Erhebung 2016 betrug die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern noch 23 Prozent. Sie ist also etwas kleiner geworden, aber bei dieser Geschwindigkeit wird es noch mehr als 50 Jahre dauern, bis Männer und Frauen den gleichen Stundenlohn erhalten.

Frauenlöhne niedriger

Deutschland hat eine der größten Einkommenslücken zwischen Frauen und Männern in Europa. Das ist nicht nur ein Armutszeugnis, sondern ein Resultat von Diskriminierung.

Zudem sind besonders viele Frauen wegen Sorgearbeit für die Familie in Teilzeit tätig, und sie arbeiten sehr häufig in systemrelevanten Berufen, in denen bezeichnenderweise niedrigere Löhne gezahlt werden – beispielsweise in der Pflege-, in der Gesundheits- und der Bildungsbranche.

Selbst wenn man diese Faktoren bei der Berechnung der Lohnlücke zwischen Frauen und Männern berücksichtigt, bleibt noch immer eine „bereinigte“ Einkommensdifferenz von sieben Prozent, die zu einem erheblichen Teil auf anderen Diskriminierungen beruht.

Bei einem mittleren Einkommen von 3.500 Euro im Monat für einen Mann bedeutet dies, dass eine Frau 245 Euro im Monat weniger erhält. Die allgemeine Entgeltlücke von 18 Prozent bedeutet sogar eine Differenz von 630 Euro im Monat.

Die schlechtere Bezahlung führt entscheidend zu zahlreichen weiteren Benachteiligungen von Frauen. Die Beseitigung der Lohnlücke zwischen Männern und Frauen würde die Armut, vor allem für alleinerziehende Mütter und ihre Kinder, deutlich reduzieren. Sie würde zudem die Stellung von Frauen in der Partnerschaft stärken und ihre Altersarmut deutlich reduzieren.

Die Benachteiligung von Frauen fällt nicht vom Himmel. Sie ist Ausdruck einer spalterischen Politik, die den Interessen von Superreichen und Konzernen dient.

Wir meinen: Es ist höchste Zeit, das Übel an der Wurzel zu packen.“

Weitere Informationen des Aktionsbündnisses gibt es unter: [instagram.com/solistattpreistreiberei](https://www.instagram.com/solistattpreistreiberei)



Foto: Avanti2

Kundgebung auf dem Mannheimer Paradeplatz, 7. März 2023.

Tarifrunde Post: Erzwingungstreik verhindert

HELMUT BORN

Am 13. März 2023 gab es trotz der erfolgreichen Urabstimmung, bei der die Gewerkschaftsmitglieder mit 85,9 % für Streik stimmten, eine neue Verhandlungsrunde bei der Deutschen Post AG.

Der Vorstand der Post hatte ver.di zu dieser Verhandlung aufgefordert. Von der ver.di-Fachbereichsleiterin Andrea Kocics wurde dieses Ansinnen bereitwillig angenommen. Die mit dem Management der Post ausgehandelte Tarifvereinbarung mit einer Laufzeit von 24 Monaten wurde von der ver.di-Verhandlungskommission zur Annahme empfohlen.

Fauler Kompromiss

Über einen Zeitraum von 15 Monaten soll der abgaben- und steuerfreie „Inflationsausgleich“ der Bundesregierung von 3.000 € in mehreren Schritten gezahlt werden. Erst ab April 2024 soll es zudem eine tabellenwirksame Erhöhung der monatlichen Einkommen um 340 € geben.

Ursprünglich hatte ver.di eine Erhöhung der Einkommen um 15 % bei einer Laufzeit des Tarifvertrages von 12 Monaten gefordert.

Die ver.di-Fachbereichsleitung rechtfertigt diesen sehr bescheidenen Abschluss damit, dass es gelungen sei, einen Inflationsausgleich zu bekommen. Vor allem gelte dies für die unteren drei Entgeltgruppen, in denen die meisten Beschäftigten eingestuft seien. Dort gibt es Löhne zwischen 2.100 € und 3.090 €.

Weiterer Reallohnabbau

Es wäre jedoch mindestens ein Abschluss von 10 % erforderlich gewesen, um wenigstens einigermaßen die Kaufkraftverluste der nach wie vor hohen Inflation ausgleichen zu können. Das hätte je nach Entgeltgruppe Erhöhungen von 210 € bis 309 € unmittelbar ab dem Abschluss eines entsprechenden Tarifvertrages erfordert.

Auch mit dem „Inflationsausgleich“ von 3.000 € machte ver.di erhebliche Zugeständnisse, da er nicht tabellenwirksam ist. Zudem entfallen dadurch die Sozialversicherungsabgaben, die etwa 22 % des Brutto-Lohns betragen.

Die 200 € monatlich, die im Durch-



Poststreik-Demo in Mannheim, 27. Januar 2023.

Foto: helmut-roos@web.de

schnitt gezahlt werden, sind für die Post also ein Billigabschluss. Diese Bewertung gilt umso mehr angesichts des Rekordgewinns des Konzerns von 8,4 Milliarden €.

»... für die Post also ein Billigabschluss«

Vor diesem Hintergrund muss auch die Erhöhung von 340 € im April nächsten Jahres gesehen werden. Erst einmal sieht das nach einer kräftigen Entgeltsteigerung aus. Wenn man aber bedenkt, dass es bei einer 12-monatigen Laufzeit eine Erhöhung wie oben beschrieben gegeben hätte, sind die 340 € ab April 2024 doch stark zu relativieren. Sie bedeuten eine Erhöhung zwischen 5,5 und 8 % bezogen auf die Laufzeit von 2 Jahren. Bei einer einjährigen Laufzeit hätte aber schon ab Januar 2024 auf die dann aktuelle Situation reagiert und hätten die dann bereits geltenden höheren Lohn tabellen weiter aufgestockt werden können.

Nein zu diesem Ergebnis

Das Ergebnis wird von den Mitgliedern nun in einer neuen Urabstimmung bewertet, und es ist damit zu rechnen, dass viele Mitglieder mit Nein stimmen werden. Für eine Annahme des Ergebnisses ist aber laut ver.di-Satzung nur Zustimmung von mehr als 25 % erforderlich.

Das Post-Ergebnis zeigt einmal mehr, dass wieder eine Tarifrunde nicht konsequent zu Ende geführt worden ist. Trotz der hohen Teuerungsrate und den immer schlechter werdenden Arbeitsbedingungen bei der Post, ist die ver.di-Fachbereichsleitung erneut vor dem Post-Vorstand eingeknickt.

Dies hat nicht nur mit der Fachbereichsleitung von ver.di, sondern auch mit den Mitgliedern der Tarifkommission zu tun, die hauptsächlich aus Mitgliedern von Gesamtbetriebs- und Aufsichtsräten besteht. Vertreter:innen aus der Basis sind dort kaum vertreten. Auch dies muss sich ändern, wenn Tarifrunden konsequent geführt werden sollen. ■

Rebellion in Frankreich

Regierung verstärkt Repression

M. G.

Die große Beteiligung am 9. Mobilisierungstag der gewerkschaftlichen Einheitsfront („Intersyndicale“) gegen die „Rentenreform“ am 23. März 2023 entsprach der Empörung, die die Anwendung des Artikels 49.3 (Umgehen der parlamentarischen Abstimmung per Dekret) und danach Macrons provokativer TV-Auftritt ausgelöst hatten.

Die Zahlen der Demonstrierenden waren rekordverdächtig: 800.000 in Paris, 110.000 in Bordeaux, 150.000 in Toulouse, 80.000 in Nantes, 8.000 in Bourges, 15.000 in Angoulême, 1.000 in Lamballe, 20.000 in Perpignan, 30.000 in Toulon, 24.000 in Tarbes, 15.000 in Le Puy-en-Velay ...

Mit dem Aktionstag am 23. März hat die Bewegung mit der unübersehbaren Beteiligung von jungen Menschen noch einen weiteren Schritt nach vorne gemacht.

Der verlängerbare Streik wird in verschiedenen Sektoren, insbesondere im Energie- und Transportsektor, aufrechterhalten. Die Folgen beginnen sich auf die Treibstoffkapazitäten auszuwirken, was die Herrschenden in große Schwierigkeiten bringt.

Hunderttausende Jugendliche aus Gymnasien, Universitäten und Betrieben beteiligen sich gemeinsam mit Lehrkräften an kleineren und größeren Demonstrationen. Vollversammlungen finden an den Universitäten statt. Es heißt, dass 400 Gymnasien und 80 Universitäten blockiert worden seien.

In vielen Städten im ganzen Land finden zudem jeden Tag Proteste aller Art statt.

Zunehmende Polizeibrutalität

Die Regierung hat die Repression gegen die Bewegung verzehnfacht. Die extrem gewalttätigen Angriffe der Sondereinheiten CRS und BRAV-M führen in Kombination mit dem Einsatz von Tränengas, Wasserwerfern und Schlagstöcken zu immer mehr – teilweise sehr schweren – Verletzungen von friedlich demonstrierenden Menschen.

Die Regierung versucht der Öffentlichkeit weis zu machen, dass die Polizei die Aufgabe habe, die Demonstrierenden zu schützen. Aber es ist für jeden klar, dass die Staatsmacht sich selbst schützt. Da sie keine Legitimität mehr hat, setzt sie auf



Studierende in Paris gegen die „Rentenreform“, 28. März 2023.

Gewalt und zögert nicht, ihre Schlägertruppen einzusetzen.

Selbst der Europarat ist alarmiert. Die Meinungsfreiheit müsse besser geschützt werden, sagte Menschenrechtskommissarin Dunja Mijatović. Sie sprach von „exzessiver Anwendung von Gewalt“ durch den französischen Staat.

Infoabend zu Frankreich mit Bernard Schmid – Audio des Vortrags im Netz

Am 23. März 2023 fand im Mannheimer Gewerkschaftshaus ein spannender Infoabend des Aktionsbündnisses „Solidarität statt Preistreiber!“ statt. Bernard Schmid (Paris) sprach dort zum Thema „Revolte gegen die Konterreform bei den Renten - „Es gibt ein Leben vor dem Tod!““

Das Audio des interessanten Vortrags zu den Massenprotesten in Frankreich kann hier angehört werden: www.freie-radios.net/121145.

Die Fünfte Republik ist – wie die Pseudodebatte im Parlament gezeigt hat – für sehr viele Menschen in Frankreich undemokratisch. Sie fordern zudem den Rücktritt von Macron und seiner Regierung, da diese nur den Superreichen diene.

Die Legitimität liegt offenkundig auf der Seite der sozialen Bewegung. Die wahre Demokratie findet auf der Straße statt, bei gewerkschaftlichen oder spontanen Demonstrationen, bei Vollversammlungen, die entscheiden, wie das Projekt der Regierung für sozialen Rückschritt blockiert werden kann.

Gemeinsamer Widerstand

Angesichts der Polizeieinsätze und der Unterdrückung von Streiks ist es erforderlich, dass der Wille der großen Mehrheit der Bevölkerung sich wirksam durchsetzen kann. Dabei muss der Selbstschutz der Bewegung gestärkt werden.

Das Ausmaß der Proteste zeigt mit aller Deutlichkeit, welche Schärfe der Kampf zwischen den sozialen Klassen wieder angenommen hat. Die Möglichkeit, dass die Herrschenden zu einer autoritären Lösung greifen, kann nicht mehr ausgeschlossen werden. Dies verstärkt die Notwendigkeit des Aufbaus einer möglichst breiten Einheitsfront mit einem klaren Programm.

Unsere Schwesterorganisation NPA (Neue Antikapitalistische Partei) hat deshalb ein Zusammentreffen aller Organisationen der arbeitenden Klasse und der sozialen Bewegungen vorgeschlagen, um die gemeinsame Aktion weiter stärken zu können.

Angesichts der reaktionären und isolierten Regierung, angesichts ihrer Demokratieverweigerung und angesichts der zunehmenden Repression ist nicht nur für unsere Genossinnen und Genossen der NPA der Generalstreik jetzt die richtige Reaktion. ■

„Sozialpartnerschaft“ oder Gegenmacht? Wie können wir die Gewerkschaften stärken?

Seminar der ISO Rhein-Neckar

Samstag, den 22. April 2023, 13:00 - 18:00 Uhr in Mannheim

B. G.

In unserem Seminar wollen wir uns gemeinsam mit der Frage befassen, wie angesichts der aktuellen Herausforderungen von vielen gleichzeitigen Krisen Gegenmacht im Betrieb und in der Gesellschaft entwickelt und gestärkt werden kann.

Welche Rolle spielten Gewerkschaften in der Geschichte? Wie handlungswillig und aktionsfähig sind derzeit die Gewerkschaften? Welche Rolle spielte und spielt die Strategie der „Sozialpartnerschaft“? Welche Bedeutung hat innergewerkschaftliche Demokratie? Was können wir zur Entwicklung einer aktiven und aktivierenden, einer kämpferischen Gewerkschaftspolitik beitragen?

Über diese und andere Fragen wollen wir uns mit Euch in einem entspannten Rahmen austauschen.

Das Seminar richtet sich an alle Kolleginnen und Kollegen, die sich in betrieblichen, gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhängen für die Durchsetzung von Beschäftigteninteressen engagieren. Insbesondere sind natürlich auch engagierte gewerkschaftliche Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder eingeladen.

Unser Seminar hat folgende Schwerpunkte:

- Kurzer Überblick über die Geschichte der Gewerkschaften
- Beispielhafte Streikkämpfe in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg
- „Sozialpartnerschaft“ statt Gegenmacht?
- Das Beispiel der IG BCE (und früheren IG CPK)



Alstom-Demo in Mannheim, 25. April 2005.

Foto: helmut-roos@web.de.

- Was tun in Betrieb, Gewerkschaft und Gesellschaft?
- Auswertung und Verabredungen

Mit einem gemeinsamen Abendessen werden wir den Tag ausklingen lassen.

Interessierte melden sich bitte direkt bei unseren Genossinnen und Genossen der ISO Rhein-Neckar, oder per E-Mail bei info@iso-4-rhein.neckar.de an. ■

Ökosozialistische Konferenz 9. -11. Juni 2023

Klima, Klasse, Widerstand

Wir fragen:

- Wie geht es weiter mit der Klimagerechtigkeitsbewegung?
- Wie geht Energiesparen richtig?
- Wie muss die Energieversorgung von morgen aussehen?
- Wie kann die Konversion der Autoindustrie vorangebracht werden?

Wir vermitteln

- Marxistisches und ökologisches Grundwissen

Wir besprechen:

- Aktionsperspektiven – bei der IAA, in der Kommunalpolitik ...

Wo? In Köln, Naturfreundehaus Kalk



Internationaler Frauenkampftag in Mannheim

O. T.

Seit 1911 fordern Frauen am Internationalen Frauentag ein Ende ihrer Unterdrückung. In Mannheim fand der 8. März erneut im Saal und auf der Straße statt.

Bei der Zusammenkunft im Gewerkschaftshaus war die Bundesfrauensekretärin der IG BAU, Renate Wapenhensch, Hauptrednerin. Sie befasste sich vor allem mit dem Krieg in der Ukraine, der damit verbundenen Teuerung, die hauptsächlich Frauen besonders hart trifft, und den aktuellen Tarifkonflikten. Das AfroDrumsTrio des „Trommelpalastes“ sorgte mit heißen Rhythmen für eine gute Stimmung.

Die derzeitigen Lohnrunden hatten offensichtlich mit dazu beigetragen, dass sowohl die Veranstaltung der DGB-Frauen als auch die Demo durch die Innenstadt vergleichsweise gut besucht waren. Aktive der ISO verteilten vor Demonstrationsbeginn das Flugblatt der Frauen-AG unserer Organisation.

Obwohl es stark regnete, konnte dies die kämpferische Stimmung der rund 400 Demonstrierenden nicht drücken. Erfreulicherweise beteiligten sich auffallend vie-

le jüngere Frauen an dem Protestzug, der lautstark auf den Kampf gegen Frauenunterdrückung aufmerksam machte. Des-

sen internationale Dimension spiegelte sich in den Reden bei der Abschlusskundgebung auf dem Marktplatz wider. ■



Foto: DGB Mannheim

Vor dem Start der Demo des Feministischen Bündnisses Mannheim, 8. März 2023.

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- DI, 04.04.2023, 18:00 Uhr, Kundgebung gegen Preistreiberei, Paradeplatz, MA
- DO, 06.04.2023, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA*
- SAM, 08.04.2023, 13:00 Uhr, Ostermarsch, Alter Meßplatz, MA
- SO, 09.04.2023, 11:00 Uhr, Virtuelle politische Bildungsreihe der ISO
- MO, 10.04.2023, 13:00 Uhr, Osterspaziergang, Coleman Barracks, MA
- DI, 11.04.2023, 19:00 Uhr, „Die Revolution im Iran“, INFOLADEN im JUZ, MA
- DO, 13.04.2023, 19:30 Uhr, Brecht-Programm, Rex-Kino-Center, Schifferstadt
- DO, 20.04.2023, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA*
- DO, 20.04.2023, 18:00 Uhr, Bündnis gegen Preistreiberei, Gewerkschaftshaus MA*
- SAM, 22.04.2023, 13:00 Uhr, Frühjahrsseminar der ISO Rhein-Neckar, MA*
- DO, 27.04.2023, 19:00 Uhr, Viko #Solidarität in Zeiten der Krisen
- FR, 28.04.2023, 19:00 Uhr, ISO-Infoabend zu aktuellem Thema

Vorschau

- MO, 1. Mai 2023, 10:00 Uhr, DGB-Demo ab Gewerkschaftshaus MA
- SAM, 06.05.2023, 13:00 Uhr, Frühjahrsausflug der ISO Rhein-Neckar
- FR, 09.06.2023, bis SO, 11.06.2023, Ökosozialistische Konferenz, Köln*

* [Jeweils mit strikter Beachtung der Gesundheitsschutzregeln.]



Impressum:
ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

Web: www.iso-4-rhein-neckar.de Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn

